

Befangenheitsanträge abgelehnt

Rümpfelz
12.01.95

Zweiter Mainzer Mißbrauchsprozeß mit neuen Anträgen fortgesetzt

► MAINZ (jüm). Auch nach der gestern morgen erfolgten Ablehnung des in der vergangenen Woche gestellten Befangenheitsantrages bleibt das Gericht im zweiten Mainzer Kindesmißbrauchs-Prozeß unter Druck.

Wie berichtet, hatte die Kölner Anwältin Gabriele Jansen dem Gericht vorgeworfen, es habe „sehenden Auges“ die Hauptverhandlung mit der kraft Gesetzes ausgeschlossenen Richterin Gaby Follmann zwei Monate lang fortgesetzt. Die Richterin war nämlich im ersten Mißbrauchsprozeß als Zeugin gehört worden. Diesen Befangenheitsantrag wies eine andere Kammer als unbegründet zurück. Zwar sprach sie von einem „objektiv prozessualen

Mangel“. Doch gebe es keine Anhaltspunkte dafür, daß das Gericht aus Voreingenommenheit oder Willkür so gehandelt habe. Im übrigen sei die Behauptung der Verteidigung, das Gericht habe den Fehler in Kauf genommen, „ein im Falle der Unrichtigkeit fast schon diffamierender Vorwurf“.

Ebenfalls abgelehnt wurde gestern der Antrag des Ludwigshafener Verteidigers Rüdiger Weidhaas, das Verfahren von vorne zu beginnen. Weidhaas hat dies damit begründet, daß das Gericht zwischen 23. Juni und 28. August nicht ordnungsgemäß besetzt war: Richterin Follmann sei, auch wenn der Fehler zunächst nicht bemerkt wurde, kraft Gesetzes ausgeschieden und der Ergänzungsrichter noch nicht als ihr

Nachfolger berufen worden. Damit sei die nach dem Gesetz maximale Unterbrechnungsfrist überschritten worden. Dagegen erklärte das Gericht, es genüge, wenn die in der Zeit getroffenen Beschlüsse in der neuen Besetzung noch einmal beraten werden würden.

Am Nachmittag hat Verteidigerin Jansen einen weiteren Befangenheitsantrag gegen zwei Richter jener Kammer gestellt, die sich gegen ihren ersten Antrag entschieden haben. Sie hält die beiden unter anderem deshalb für befangen, weil sie in ihrer Begründung erklärten, der erste Antrag sei ins blaue hinein gestellt worden.

Staatsanwältin Heike Finke warf der Verteidigung vor, sie torpediere mit immer neuen Anträgen den Prozeß.